



GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2012/4

Datum/Zeit	Donnerstag, 28. Juni 2012, 18.00 - 20.10 Uhr	
Ort	im Tellsaal, Bernstrasse 101, Ostermundigen	
Vorsitz	Werner Michael (FDP)	1
Mitglieder	Biner Jacques (SP)	
	Dogan Aziz (SP)	
	Grossniklaus Bruno (SP)	
	Kehrli Rudolf (SP)	
	Mahler Rudolf (SP)	
	Nova Colette (SP)	
	Riesen Norbert (SP)	
	Schärer Liliane (SP)	
	Weishaupt Jakob (SP)	
	Wiedmer Rudolf (SP)	
	Zeyer Christian (SP)	
	Hirt Bruno (Grüne)	<u>12</u>
	Brauner Fabian (SVP)	
	Hausammann Hans Rudolf (SVP)	
	Hirsiger Ernst (SVP)	
	Müller Lucia (SVP)	
	Weber Beat (SVP)	ab 18.10 Uhr
	Wegmüller Nadine (SVP)	
	Zaugg Gerhard (SVP)	
	Zysset Walter (SVP)	<u>8</u>
	Bolliger Renate (EVP)	
	Fels Silvia (EVP)	
	Schröer Christopher (EVP)	
	Wagner Peter (EVP)	bis 19.50 Uhr
	Wagner Rahel (EVP)	<u>5</u>
	Bendoza Thomas (FORUM)	
	Bruderer Walter (FORUM)	
	Rüfli Roland (FORUM)	
	Schaller Esther (FORUM)	
	Schenk Madeleine (FORUM)	<u>5</u>
	Leumann Beat (FDP)	ab 18.15 Uhr
	Rutschi Raphael (FDP)	
	Schoop Henrik (FDP)	<u>3</u>
	Rippstein Eduard (CVP)	<u>1</u>
	Total anwesend	<u>35</u>

Mitglieder Gemeinderat	Baumgartner Gerhard (EVP) Blaser Erich (SVP) Ernst Synes (CVP) Lüthy Ursula (Grüne) Panayides Aliko (SVP) Thomann Andreas (SP) Unteregger Schütz Regula (SP) Wegmann Peter (FDP) Zahler Christian (Gemeindepräsident SP) sowie Gemeindeschreiberin Marianne Meyer
Protokoll	Kumli Jürg, Ratssekretär
Entschuldigt abwesend	<i>GGR-Mitglieder:</i> Bracher Peter (SVP) Burkhalter Hans Rudolf (Grüne) Löhner Sandra (CVP) Schär Roger (parteilos) 1 Sitz vakant (SVP)
Unentschuldigt abwesend	--

T R A K T A N D E N

43.	Protokoll Nr. 2 der GGR-Sitzung vom 22. März 2012; Genehmigung.....	127
44.	Kommission für öffentliche Sicherheit (KöSi); Ersatzwahl.....	128
45.	Reglement über die Entschädigung und Besoldung von Behördenmitgliedern; Genehmigung	129
46.	Behörden- und Verwaltungsreform (BVR): Teilprojekt 3 "Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV)"; Auswertung 1. Pilotjahr; Kenntnisnahme.....	130
47.	Motion EVP-Fraktion betreffend Abbruch der WoV-Piloten; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat	136
48.	Arbeitszone Mösli: Erschliessung Wasser und Abwasser; Kreditabrechnung.....	141

49.	Projekte "GG (Grauguss) 03.05/03.06": Erneuerung von Wasserleitungen und Kanalisationen; Kreditabrechnung	143
50.	Bernstrasse/Rütiweg: Netzerweiterung Wasser und Abwasser; Kreditabrechnung	144
51.	Wegmühlegässli: Neubau der Abwasserleitungen und Ersatz der Wasserleitungen; Kreditabrechnung	147
52.	Überparteiliche Motion betreffend Entwicklung entlang der Bahnlinie in Ostermundigen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	148
53.	Interpellation H. Schoop (FDP) betreffend Entwicklung Kindergartenplatzbedarf und -nutzung; schriftliche Beantwortung.....	152
54.	Orientierungen des Gemeinderates	153
a.	Tellareal: Orientierung über die Eigentumsstrategie	153
b.	Tram Region Bern; Stellungnahme zu Baubeginn	153
55.	Überparteiliche Motion betreffend Wiedereinführung der Vereinsbeiträge; parlamentarischer Neueingang.....	155
56.	Motion N. Riesen (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Saalbewirtschaftung während dem Bau des geplanten Verwaltungszentrums auf dem Tellareal; parlamentarischer Neueingang.....	156
57.	Motion R. Mahler (SP) und Mitunterzeichnende betreffend klares Temporegime auf Ostermundigens Strassen; parlamentarischer Neueingang.....	157
58.	Motion Ch. Zeyer (SP) und Mitunterzeichnende betreffend "Mit der Sonne bauen"; parlamentarischer Neueingang	159

59. Motion B. Grossniklaus (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Ja zur
Mundiger Jugend; parlamentarischer Neueingang.....161
60. Interpellation B. Grossniklaus (SP) betreffend Wirtschaftsstandort
Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang.....162

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 4. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Pressevertretenden herzlich willkommen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftgemäss publiziert worden ist.

Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf.

Momentan sind 33 Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

1. Da der Stimmzähler Roger Schär (parteilos) heute Abend abwesend ist, ist ein interimistischer Stimmzähler zu wählen. Rudolf Kehrli (SP) hat sich bereit erklärt, das Amt heute Abend auszuführen.

A b s t i m m u n g :

Rudolf Kehrli (SP) wird für die heutige Sitzung einstimmig als Ersatzstimmzähler gewählt.

2. Das Parlamentsmitglied Walter Bruderer (FORUM) hat per 31. August 2012 demissioniert. Walter Bruderer gebührt für sein langjähriges Engagement zugunsten der Gemeinde Ostermundigen ein grosses Dankeschön. Ich möchte dem immer fairen, angenehmen und stets kritischen Parlamentsmitglied eine Flasche weissen Merlot überreichen.
3. Auf den Tischen wurden die folgenden Unterlagen verteilt:
 - ① „Sommergeschichten“ ein Flyer der Gemeindebibliothek Ostermundigen
 - ① Anmeldung für die „Agglomerationstagung“ vom 2. November 2012
4. Die nächste Sitzung findet am 13. September 2012 statt.
5. Im Anschluss an die Sitzung treffen wir uns im Restaurant Waldeck.

Traktandenliste

Das Traktandum Nr. 54 „Orientierungen des Gemeinderates“ beinhaltet:

- a. Tellareal: Orientierung über die Eigentumsstrategie (Sprecher: Ch. Zahler)
- b. Tram Region Bern; Stellungnahme zu Baubeginn (Sprecher: Ch. Zahler)

Parlamentarische Neueingänge

- Überparteiliche Motion betreffend Wiedereinführung der Vereinsbeiträge
- Motion N. Riesen (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Saalbewirtschaftung während dem Bau des geplanten Verwaltungszentrums auf dem Tellareal

- Motion R. Mahler (SP) und Mitunterzeichnende betreffend klares Temporegime auf Ostermundigens Strassen
- Motion Ch. Zeyer (SP) und Mitunterzeichnende betreffend mit der Sonne bauen
- Motion B. Grossniklaus (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Ja zur Mundiger Jugend, Ja zum Hangar!
- Interpellation B. Grossniklaus (SP) betreffend Wirtschaftsstandort Ostermundigen

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

Persönliche Erklärung

Madeleine Schenk (FORUM): Walter Bruderer nimmt heute zum letzten Male offiziell an einer GGR-Sitzung teil und wir denken, dass dies einige Worte Wert ist. Wer die politischen Verhältnisse in Ostermundigen kennt, der weiss, dass Walter diese seit vielen Jahren mit geprägt hat. Er hat sich immer konsequent für eine Sache eingesetzt und nahm während vieler Jahren Einsitz im GGR. 16 Jahre bis zu seiner Amtszeitbeschränkung Ende 2000 und ab Januar 2005 nun für weitere 7 1/2 Jahre. Zuerst unter der Fahne des Landesrings der Unabhängigen, dann für die Sitzung am 18. Mai 2000 als Parteiloser und bis zum heutigen Tage beim FORUM Ostermundigen.

Daneben sei auch sein Engagement in diversen Kommissionen, sprich Finanzkommission, in der GPK und als Mitglied des ständigen Ausmittlungsausschusses erwähnt.

Berechtigt ist sein Wunsch kürzer zu treten. Er hat begonnen mit dem Präsidentenwechsel und als weiterer Schritt seinem Rücktritt aus dem GGR und den weiteren politischen Verpflichtungen. Wir können uns aber glücklich schätzen, dass du uns weiterhin mit Rat und Wissen zur Verfügung stehst.

Lieber Walter, in diesem Sinne wünschen wir dir alles Liebe und Gute, nutze und geniesse die gewonnene Zeit und da habe ich noch ein kleines Präsent in Form von Schokolade-Sandsteinen für genügend Energie und einen Spruch für dich:

*Wer die Augen offen hält, dem wird manches im Leben glücken,
doch noch besser geht es dem, der versteht, eines zuzudrücken.*

- - - - - A p p l a u s - - - - -

100.3.10.03 Protokollgenehmigungen GGR

43. Protokoll Nr. 2 der GGR-Sitzung vom 22. März 2012; Genehmigung

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Es liegen keine Bemerkungen zum Protokoll vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll Nr. 2 der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 22. März 2012 wird genehmigt.

10.6.2.4 Kommission für öffentliche Sicherheit

44. Kommission für öffentliche Sicherheit (KöSi); Ersatzwahl

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Auf Vorschlag der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat (GGR) einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Als Ersatz für den zurückgetretenen Kurt Maeder (SP) wird Rupert Moser (SP), Nobsstrasse 11 a, 3072 Ostermundigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. Juli 2012 bis 31. Dezember 2012 als Mitglied in die Kommission für öffentliche Sicherheit gewählt.

10.0.11 Reglemente Gemeinde (früher: 10.11)

45. Reglement über die Entschädigung und Besoldung von Behördenmitgliedern; Genehmigung

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

2. Vizepräsidentin Renate Bolliger (EVP): Wir von der EVP-Fraktion erachten es als sinnvoll, die Entschädigung und Besoldung von Behördenmitgliedern in einem Reglement zusammen zu fassen. Viel ändert ja damit nicht in der Handhabung. Den Änderungen, welche vorgesehen sind, stimmen wir zu. Der Regelung für die Abgabepflicht des Gemeindepräsidenten für das Mandat im Grossen Rat des Kantons Bern erscheint uns angepasst.

Ich bin auch froh, dass nun endlich die Spezialregelung für Mitglieder der Schulkommission aufgehoben wird. Nach dem Inkrafttreten der Volksschulgesetzrevision hat sich die Arbeit der Schulkommissionsmitglieder sehr stark vermindert. Schon vor einiger Zeit habe ich mich darum dafür eingesetzt, dass diese Spezialregelung aufgehoben wird. Sie erschien mir nicht mehr gerechtfertigt. Als Schulkommissionsmitglied hätte ich nichts dagegen, weiter einen "Ferienzustupf" zu kassieren! Aber es stimmt einfach nicht, wenn ich dabei das Gefühl habe, nicht gross etwas dafür geleistet zu haben.

Die EVP-Fraktion wird dem Reglement wie vorliegend zustimmen.

1)

Colette Nova (SP): Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion wird dem Reglement in dieser Version ebenfalls zustimmen. Ich möchte noch eine Anmerkung für die Zukunft erwähnen: Die Entschädigung für die nebenamtlichen Gemeinderatsmitglieder ist angesichts der Verantwortung und der Tatsache, dass in den meisten Fällen Mehrarbeiten zu verrichten sind, zu gering. Wir sind uns durchaus bewusst, dass der Gemeinde Ostermundigen kein finanzieller Spielraum zur Verfügung steht. Eine Anhebung ist heute nicht möglich. Doch wenn die finanziellen Ergebnisse besser ausfallen werden, dann sollte eine Anhebung vorgenommen werden.

Fabian Brauner (SVP): Die SVP-Fraktion wird dem vorliegenden Reglement ohne Wenn und Aber zustimmen.

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Es liegen keine Voten mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das „Reglement über die Entschädigung und Besoldung von Behördenmitgliedern“ wird genehmigt.

1) Beat Weber (SVP) tritt um 18.10 Uhr der Sitzung bei. Es sind 34 Ratsmitglieder anwesend.

10.9.31 Behörden- und Verwaltungsreform

46. Behörden- und Verwaltungsreform (BVR): Teilprojekt 3 "Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV)"; Auswertung 1. Pilotjahr; Kenntnisnahme

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Ernst Hirsiger (SVP): Die SVP-Fraktion hat vom vorliegenden Bericht Kenntnis genommen. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, dass die WoV-Pilotprojekte nicht unbedingt im Sinne der Initianten umgesetzt wurden, beziehungsweise umgesetzt werden konnten. Die Pilotprojekte seien 2011 stark vom schwierigen politischen und finanziellen Umfeld geprägt gewesen und die Bereiche hätten nicht losgelöst vom traditionellen Führungsmodell geführt werden können. Bei dieser Aussage stellt sich dem Lesenden automatisch die Frage, *welchem Führungsmodell die Gemeindeverwaltung Ostermundigen nachlebt*. Es gibt ja etliche davon. Ist es beispielsweise das Harzburger Führungsmodell oder das St. Galler Führungsmodell der SIB? Der SVP-Fraktion zumindest ist das Führungsmodell der Gemeinde nicht bekannt.

Die Rahmenbedingungen für die WoV-Piloten hätten sich auch im Jahr 2012 nicht geändert und das neue Führungsmodell könne weiterhin nicht angewendet werden. Hier stellt sich die Frage kann oder will man nicht?

Eine Kostenkontrolle nach Produktgruppen oder Produkten habe sich als technisch nicht machbar erwiesen, resp. wäre nur mit grossem personellem Aufwand möglich gewesen. Im Zeitalter der Informatik ist eine solche Aussage anzuzweifeln. Auch eine doppelte Kontierung ist keine Hexerei, sobald der Kontenplan dafür erstellt ist und die notwendigen Stempel dafür bestellt sind.

Am meisten hat uns die Aussage im Bericht geärgert, dass durch den finanziellen Spardruck die Bereitschaft auf jeder Stufe (Parlament, Gemeinderat, Verwaltung) nicht vorhanden gewesen sei, sich auf das neue System mit Globalbudgets einzulassen. "*Wenn das Parlament einen gültigen Beschluss fasst, ist dieser umzusetzen*". Weiter heisst es, "WoV" sei grundsätzlich eine neue Führungsstruktur, welche zuerst implementiert und akzeptiert werden müsse. Auch diese Behauptung ist zu hinterfragen. Wer „Management by Objectives“ praktiziert, ein heute weit verbreiteter Führungsstil, sollte sich mit „WoV“ nicht sehr schwer tun. In beiden Fällen wird durch messbare Zielvorgaben geführt. Aber die SVP-Fraktion weiss auch nicht, welcher Führungsstil in der Gemeindeverwaltung vorherrschend ist. Der Verdacht besteht zumindest, dass keinem einheitlichen Führungsstil nachgelebt wird.

Die SVP-Fraktion ist vom vorliegenden Bericht nicht befriedigt. Die Umsetzung der Pilotprojekte war offensichtlich keine Herzensangelegenheit der Beteiligten.

3)

Walter Bruderer (FORUM): Dem Gemeinderat gratulieren wir, weil er festgestellt hat, dass der Aufwand und der Ertrag in der erarbeiteten WoV-Form in keinem nützlichen Verhältnis steht. Bereits bei der Geburt des Verfahrens hatte ich aufgrund von meinen beruflichen Erfahrungen meine grossen Fragezeichen in der Spezialkommission begründet. Muss mit einem

²⁾ Beat Leumann (FDP) tritt um 18.15 Uhr der Sitzung bei. Es sind 35 Ratsmitglieder anwesend.

WoV oder einem analogen Führungsmittel gearbeitet werden, kann dies Verschiedenes voraussetzen, nämlich, um nur ein paar Anforderungen zu erwähnen:

- a. Eine umfassende Kostenrechnung;
- b. zuverlässige Arbeitsrapporte des ganzen Personals;
- c. eine EDV-unterstützte Verteilung sämtlicher Aufwände und Erträge (auch jene aller Chefs);
- d. eine gute Software, um die gewünschten Informationen aussagefähig darzustellen und abrufen zu können;
- e. verlässliche Hindernisse gegen Versuche, die Ergebnisse zu manipulieren;
- f. möglichst gleich bleibende Rahmenbedingungen, um positive oder negative Entwicklungen zu erkennen;
- g. Verständnis von allen Beteiligten fürs Verfahren und vor allem auch;
- h. den Willen von Gemeinderat, Verwaltung und Politik, die nötigen Schlüsse aus den nicht immer angenehmen Ergebnissen tatsächlich auch zu ziehen.

Ich habe diesen Sachverhalt am eigenen Leib erfahren. Als Chef einer PTT-Sektion musste mein Team jährlich 4 Mio. Franken erwirtschaften. Alle anderen PTT-Dienststellen befanden sich in derselben traurigen Situation. Mit vereinten Kräften konnte der Betrag erwirtschaftet werden.

Sollten der Wille oder die Möglichkeiten zu nötigen Korrekturen fehlen, wäre es schade für den ganzen, nicht kleinen Aufwand. Sinnvolle Optimierungen sind auch ohne WoV möglich! Eine sehr gute Vertrauensbasis zwischen den Chefs und den Untergebenen ist absolute Voraussetzung für dieses Führungsmodell.

2. Vizepräsidentin Renate Bolliger (EVP): Wir haben nun die Auswertung des ersten Pilotjahres des WoV vor uns. Nachdem wir diese studiert haben, war für uns klar, wie schwierig sich die Umsetzung des WoV gestaltet. Viel Arbeit wurde investiert, aber die Ausbeute scheint uns nicht sehr gross zu sein. Wie im GPK-Protokoll geschrieben steht, fehlte das "feu sacré". Ich unterstelle der Verwaltung damit nicht, dass sie sich nicht um die Umsetzung bemüht hat. Aber wenn ich schaue, wie wir nun das Controlling über die Produktgruppen vornehmen sollten, habe ich schon meine Fragezeichen.

Geben wir es doch zu, wir vom Parlament können mit WoV nicht besser die Finanzen und Qualität steuern. Nehmen wir das Beispiel "Soziale Integration von Kindern und Jugendlichen": Wie sollen wir zum Beispiel beurteilen, wie viele Beratungen auf dem Jugendamt oder in der Schulsozialarbeit sinnvoll sind. Mir erscheint nicht die Anzahl relevant, eher die Qualität der Gespräche. Und wenn wir nun das Budget dafür reduzieren, wie können wir die Folgen davon messen? Das erscheint mir sehr fragwürdig. Gute Verwaltungsangestellte machen ihre Arbeit gut - mit oder ohne WoV. Und schlechtere Angestellte machen sie auch mit WoV nicht besser.

Wichtig scheint uns, dass sich die Abteilungen Ziele setzen, wie die Qualität kontinuierlich verbessert werden kann, und dass wir dies über den Verwaltungsbericht hören können. Wir glauben nicht, dass WoV zu einer besseren Finanzkontrolle führt. Und dort, wo eine Abteilung etwas freiere Hand nötig hat, haben wir ja bereits Rahmenkredite gesprochen.

Wir von der EVP-Fraktion nehmen Kenntnis von der Auswertung und sind froh, dass wir das nächste Geschäft in die Wege geleitet haben.

Raphael Rutschi (FDP): Wir von der FDP-Fraktion nehmen den Bericht mit einem gewissen Bedauern zur Kenntnis. Wir vom Parlament sind zu wenig nah am Schauplatz, um den Bemühungsgrad der tatsächlich rund um das Projekt „WoV“ stattgefunden hat, aber auch um die Bedingungen und Voraussetzungen, die in den Pilotabteilungen vorherrschen, vollständig beurteilen zu können.

Eins ist aber offensichtlich - es hat in diesem Pilotjahr schon bei der Budgetierung zu harzen begonnen. Wenn kein Globalbudget besteht - ein Kernstück des WoV - und wenn die Verbuchung unter dem Jahr nur nach Kostenarten und nicht auf die einzelnen Produkte erfolgt, und wenn keine Zeiterfassung zu Lasten der einzelnen Produkte erfolgt, dann ist eine ernsthafte Realisierung dieses Projekts sowieso nicht möglich.

Ich fahre mit meinem Votum beim nächsten Traktandum weiter.

Colette Nova (SP): Wir von der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion sind mit der Auswertung nicht zufrieden. Wir haben unsere Skepsis in Bezug auf den Verfahrensablauf auf Stufe Parlament und Gemeinderat bereits im Vorfeld angemeldet. Wir haben der Einführung resp. den Pilotenprojekten trotzdem zugestimmt. Der Beschluss des Grossen Gemeinderates ist von Seiten Gemeinderat wie von Seiten der Verwaltung umzusetzen!

In der Botschaft lesen wir von schwierigen Voraussetzungen im Umfeld. Präzisiert werden diese allerdings nicht. Nur soviel: Das herkömmliche Modell greife auf ein einfacheres Verständnis ab. Die Unterlagen fehlen - welche? Das alte Denken ist zu stark in den Köpfen eingepreßt.

Die Voraussetzungen für die Einführung sind nicht gegeben. Sehr viel Zeit und Energie wurde in das Projekt investiert und das ohne Umsetzung. Das Vorgehen des Gemeinderates ist nicht korrekt und nicht akzeptabel! Wenn die technischen Voraussetzungen nicht vorhanden sind, so müssen diese geschaffen werden. Wenn das alte Denken zu fest in den Köpfen verankert ist, hätten die Mitarbeitenden entsprechend geschult werden sollen. Die Unterlagen hätten erarbeitet werden müssen etc.. Wenn die Voraussetzungen nicht gegeben sind, hätte der Gemeinderat von Anfang an die Voraussetzungen für die Einführung von WoV schaffen müssen, oder er hätte im letzten Jahr das Parlament auf die Schwierigkeiten bei der Einführung aufmerksam machen müssen. Dieser Sachverhalt ist nicht erfolgt. Im nachhinein müssen wir feststellen, dass bereits sehr viel Geld, Zeit und Energie in das Projekt investiert worden ist und dieses nun nicht umgesetzt werden soll. Aussagen über die Einführung resp. Umsetzung von WoV können heute nicht gemacht werden. Die Art und Weise wie mit Entscheiden des Parlamentes umgegangen wird, passt der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion nicht. Wir werden aus den genannten Gründen die Kenntnisnahme zu diesem Geschäft verweigern.

Eduard Rippstein (CVP): Wir werden das Geschäft zur Kenntnis nehmen. Die Begeisterung hat bereits bei den Einführungsgesprächen auf allen Ebenen gefehlt. Die fehlende Begeisterung hat sich auf den Gemeinderat übertragen. Vermutlich ist es so: Neue Besen wischen

nicht immer besser! Vielleicht ist es heute tatsächlich besser, das Projekt abzubrechen und ein einfacheres Arbeitsinstrument zu wählen.

Norbert Riesen (SP): Ich habe eine Frage zu einer einzelnen Position:

- Botschaft Seite 5 - Produktegruppe "Polizeiwesen"

In der Botschaft wird erwähnt: *Bis auf einen Indikator konnten in allen drei Produktegruppen die Ziele erreicht werden. Beim nicht erreichten Ziel handelt es sich um die Aussenpräsenz der Polizeiinspektorinnen und -inspektoren. Dies ergab sich aus der unvorhersehbaren Masse an Geschwindigkeitsübertretungen und dessen enormen administrativen Verarbeitungsaufwand.*

Das ist eine interessante Bemerkung. Sie zeigt die Chance auf, für was und für wen wir eine Tätigkeit überhaupt ausführen. Es stellt sich da die Anschlussfrage: Ist es das, was wir wirklich wollen? Weniger Aussenpräsenz der Polizei, um die administrativen Aufgaben nachbearbeiten zu können. Mehr Bussen führen zu mehr finanziellen Erträgen.

- Beilage Controlling Produktegruppe Seite 2 - Abteilung Öffentliche Sicherheit

Das Angebot von 800 Personenstunden der Kapo-Patrouillen wurde mit 949 Stunden übertroffen. Der Wert *Anteil Tagesarbeitszeit im öffentlichen Raum* ist mit #WERT! nicht nachvollziehbar. Die Qualität der Botschaft darf in Frage gestellt werden.

Ebenfalls die *Anzahl Verfahren in 5 Arbeitstagen durch mit einem Wert (90,00 %)* mit zwei Stellen nach dem Komma wird in Frage gestellt.

Walter Bruderer (FORUM): Ich möchte noch etwas dem Votum Norbert Riesen (SP) anfügen: Wenn wir nicht wissen, was effektiv unser Personal tut, dann können wir den Mitarbeitenden fragen, was er den ganzen Tag arbeitet. Welcher Aufwand wird betrieben und welche Ergebnisse werden mit diesem Aufwand erreicht? Dafür benötigen wir nicht WoV.

Auch bei der PTT kam es vor, dass sich die Chefetage nicht mehr beschäftigen konnte und vor lauter Langeweile neue Führungsinstrumente eingeführt hat. Diese hätten dann Beweise über die Arbeiten sowie den Chefsessel liefern sollen. Wehret den Anfängen und konzentriert euch auf die zu erledigenden Arbeiten. Wenn etwas aus dem Ruder läuft, ist der persönliche Kontakt zu suchen!

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Besten dank für die Voten und die Beurteilungen. Es muss bei WoV zwischen der finanziellen Ebene und andererseits der Ebene der Indikatoren und Messwerte unterschieden werden. Finanziell wurde nicht alles optimal erfasst. Aber es muss nicht von Anfang an alles optimal funktionieren. Die Ebene der Indikatoren ist bei diesem Pilotprojekt die Wichtigere. Ziel sollte es sein, wirkungsorientiert zu arbeiten. Es ist Sinn und Zweck eines Pilotprojektes, Erfahrungen zu sammeln. Sind die Hinweise und Werte für eine Verwaltungssteuerung vorhanden? Es muss nicht von Anfang an alles optimal funktionieren.

Eigentlich sind wir noch nicht soweit. Ich habe es bedauert, dass sich das Parlament nicht vermehrt mit den Messwerten und Indikatoren auseinander gesetzt hat. Welche Indikatoren sind die richtigen - hier fehlt der Input des Parlamentes. In einer Klausurtagung mit Gemein-

derat/Abteilungsleitenden wurden über die Ziele und Indikatoren diskutiert. Wir haben die Ziele in der Botschaft abgebildet. Die Produktegruppe wurde vom Parlament verabschiedet. Der Sinn und Zweck der heutigen Diskussion ist es, die Auswertungen zur Kenntnis zu nehmen. Heute müssen wir eingestehen, dass WoV nicht das Allerheilmittel darstellt. Vielleicht ist diese Aussage im Nachhinein einfacher. Die drei Piloten (Jugendamt, Liegenschaften und Öffentliche Sicherheit) wurden bewusst ausgewählt und hier kann die Politik nicht viel dreinreden. Wenn die Kredite einmal beschlossen worden sind, kann bei der Umsetzung des Unterhaltes nicht mehr viel geändert werden.

Zu einzelnen Punkten resp. Voten möchte ich die folgenden Ergänzungen anbringen:

- Führungsmodell des Gemeinderates

Über die Wahl des Führungsmodells kann philosophiert werden. Die letztjährige Spardiskussion wurde wie in den früheren Jahren geführt. Eine Halbjahresauswertung der Pilotprojekte ist mit Schwierigkeiten verbunden.

- Management by Objectives

Wir haben versucht, die Ziele in den Produktgruppen zu definieren. Jetzt wird ersichtlich, ob wir die Ziele erreicht haben oder nicht. Für Hinweise für die Verbesserung unserer Arbeiten sind wir stets aufnahmefähig.

- Votum SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion

Der politische Vorstoss "Einführung und Prüfung WoV" wurde von der SP eingereicht und die SP hat die Produktgruppen und die Ziele mit definiert. Es liegt nun an der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion zu schauen, ob uns diese Ziele weiterführen oder nicht.

Der Gemeinderat kommt ebenfalls zum Schluss: Wir haben nicht das Ziel erreicht, welches wir angestrebt haben. Wir müssen jedoch in diesem Fall den "Schwarzen Peter" nicht umher schieben. Der Gemeinderat ist zur Erkenntnis gekommen, auf diesem Weg nicht noch ein Jahr länger vorwärts gehen zu wollen.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Erlaubt seien mir die folgenden Anmerkungen:

- Zum "Gartenhag" von Norbert Riesen (SP) in den Sitzungsunterlagen

Hier ist ein Fehler der Verwaltung aufgetreten und dieser Fehler muss korrigiert werden.

- Stundeneinsatz resp. WoV in der Abteilung Öffentliche Sicherheit

Eine Schwierigkeit hat sich darin gezeigt, dass eine Person der Abteilung nicht gleichzeitig für die Sicherheit im Verkehr und die Verwaltung zuständig sein kann. Es gibt immer wieder Abweichungen in der Arbeitsausführung zum vorliegenden Tagesplan. Diese Schwierigkeiten wurden erst während der Pilotphase ersichtlich. Am Anfang wurden bestimmte Prozenteinschätzungen festgehalten: Wer macht was und wie viele Ressourcen werden mit oder ohne WoV eingesetzt.

Mir ist lieber, wenn die Mitarbeitenden draussen im Einsatz stehen, als im Büro WoV-Werte mit Prozentkommastellen zu kontrollieren.

Bruno Grossniklaus (SP): Wir haben uns aus politischer Sicht eine blutige Nase geholt. Beim nächsten Traktandum werden wir über den WoV-Abbruch diskutieren. Ich will aber zwei positive Aspekte von WoV besonders erwähnen:

- Nicht alle Indikatoren waren schlecht. Einige waren technisch schwer nachvollziehbar. Der Gemeinderat soll sich die Übernahme der Indikatoren in den Verwaltungsbericht überlegen.
- Die grundsätzlich geführte Diskussion im Zusammenhang mit WoV hat mich überzeugt. Wir dürfen nicht immer auf den Input (also die Kosten) achten, auch der dadurch erzielten Wirkung gilt es besondere Beachtung zu schenken.

Ernst Hirsiger (SVP): Die vorliegende gemeinderätliche Botschaft lässt nicht zu, dass wir das Pilotprojekt "WoV" bereits heute fallen lassen. Es gibt Startschwierigkeiten - es sind noch nicht alle Räder am Fahrzeug angebracht; doch von Scheitern dürfen wir heute nicht sprechen.

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Es liegen keine Voten mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 22 zu 5 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Auswertung 1. Jahr der Produktegruppen der WoV-Piloten für das Jahr 2011 wird zur Kenntnis genommen.

10.3.72 Motionen
10.9.31 Behörden- und Verwaltungsreform

47. Motion EVP-Fraktion betreffend Abbruch der WoV-Piloten; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst darf sich die Erstunterzeichnerin der Motion zum Geschäft äussern.

Rahel Wagner (EVP): Die vorliegende Motion war für die Parlaments- und Gemeinderatsmitglieder sicher ein Blitz aus heiterem Himmel. Nicht so für die EVP-Fraktion.

- Wie ist diese Motion entstanden?

Die Motion ist das Ergebnis einer Retraite unserer Partei im Februar dieses Jahres. Wir haben uns dort intensiv mit den anstehenden Problemen unserer Gemeinde auseinandergesetzt. Sie als Parlaments- und Gemeinderatsmitglieder wissen, dass die EVP Ostermundigen engagiert bei der Behörden- und Verwaltungsreform (BVR) mitgearbeitet hat, nicht zuletzt auch bei der Einführung der WoV-Piloten. Und dies trotz unserer damaligen Ablehnung der ganzen Behörden- und Verwaltungsreform (BVR). Ich selbst finde das System „Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV)“ an und für sich noch immer sehr interessant. Meine Zweifel, dass WoV in Reinkultur im Verwaltungs- und politischen Alltag anwendbar ist, wurden jedoch immer grösser, je mehr ich mich damit auseinandersetzen musste, sei es im Parlament oder in der Geschäftsprüfungskommission (GPK). So fing ich an zu recherchieren, und nicht zuletzt auch deshalb, weil es sich immer mehr zeigte, dass sich das ganze System mit allen andern Problemen in unserer Gemeinde anfangs selbst zu blockieren.

- Zur Stellungnahme des Gemeinderates bezüglich Motion

Die EVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die ehrliche Auswertung der WoV-Pilotprojekte, wie wir sie im letzten Traktandum zur Kenntnis nehmen konnten. Vielen Dank auch für die ausführliche Stellungnahme zur Motion. Das Ergebnis erstaunt uns nicht. Es zeigt nochmals schwarz auf weiss auf, welche Probleme bei der Umsetzung von WoV auftreten. Sie sind massiv und binden enorme personelle Ressourcen.

Ich will nicht mehr viele Worte über die Motion verlieren. Diese habe ich sehr ausführlich begründet und zwar deshalb, weil für eine Entscheidung zum Abbruch der WoV-Piloten ganz unterschiedliche Aspekte zu berücksichtigen sind. Dazu kommen nun noch die Auswertung der Projekte durch den Gemeinderat sowie seine Stellungnahme zur Motion. Ich kann nur hoffen, dass alle diese Unterlagen mehr als genügen, um die Einsicht zu gewinnen, dass die WoV-Pilotprojekte abgebrochen werden müssen.

- Eine kurze Versinnbildlichung sei mir noch erlaubt

Die Politik kommt mir oft vor wie ein Orientierungslauf. Man kann nicht einfach losrennen und denken, irgendwie komme ich dann schon ans Ziel. Im Gegenteil, es braucht viel Vorbereitung und ein gutes Orientierungsvermögen. Eine Karte und ein Kompass helfen, den Standort zu bestimmen. Wir sind Anfangs Jahr als Gemeinde an einen Punkt gekommen, an dem es nirgends mehr weiterging. Die Themen Verwaltungsgebäude, WoV-Piloten, Aufga-

ben- und Leistungsüberprüfung und Finanzen mit dem runden Tisch haben sich gegenseitig blockiert. Produziert wurde - ausser einer Menge Papier - praktisch nichts mehr.

Ein Orientierungsläufer muss in einer solchen Situation anhalten, durchatmen und die Lage analysieren und entwirren. Einfach weiterlaufen und denken, irgendwie komme ich dann schon zum Ziel, ist vergebliche Mühe. Das Ziel zu erreichen, ohne die Posten absolviert zu haben, ist genau so zwecklos. Übertragen auf die Politik heisst dies, dass der Unterbau fehlt und die ganze Sache früher oder später in sich zusammenfällt.

Wir brauchen in unserer Gemeinde das Anhalten und eine Standortbestimmung sowie den Mut, Dinge zu ändern oder loszulassen, damit der Knopf entwirrt werden kann. Wenn wir die WoV-Piloten heute abbrechen, dann werden auch Ressourcen frei, welche viel sinnvoller eingesetzt werden können.

- Wie weiter?

Die EVP-Fraktion ist der Meinung, dass ab sofort eine Aufgaben- und Leistungsüberprüfung an die Hand zu nehmen ist. Diese kann jetzt mit der nötigen Sorgfalt und genügend Zeit angegangen werden. Sie ist wichtig für die weiteren Schritte im Projekt für ein neues Verwaltungszentrum. Und sie wird sich zuletzt auch auf die Gemeindefinanzen auswirken, und zwar - davon bin ich überzeugt - im positiven Sinn.

Ich bitte den Rat, der EVP-Motion zuzustimmen und sie an den Gemeinderat zu überweisen.

Raphael Rutschi (FDP): Die Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV) wäre grundsätzlich im Sinne der FDP-Fraktion. Auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet und damit Output-orientiert soll sie Kosteneffizienz, Transparenz, Verantwortung und die finanzielle Steuerung optimieren.

Ich habe persönlich äusserst positive Erfahrungen gemacht in der Stadt Bern. Vor kurzer Zeit beispielsweise bei der Budgetierung 2013 wo es, unter anderem weil die Energie Wasser Bern AG 20,5 Mio. Franken weniger Gewinn abliefern kann, nebst dem üblichen Sparmassnahmenpaket eine pauschale Globalvorgabenkürzung gegeben hat.

Das bedeutet, jede Produktegruppe erhielt proportional zu ihren beeinflussbaren Kosten eine pauschale Kürzung des Budgets. Dadurch wurde zusätzliches Sparpotential ausgeschöpft, gewisse Restreserven sind zum Vorschein gekommen und äusserste Kosteneffizienz ist mehr oder weniger garantiert.

Ich komme deshalb zurück auf meine Worte beim vorderen Traktandum, wir nehmen den Bericht zum Pilot mit Bedauern zur Kenntnis. Dies darum, weil wir, wie es die EVP in unseren Augen richtig sieht, unter den vorherrschenden Bedingungen eine Weiterführung des Pilotprojekts nicht mehr zum gewünschten Ergebnis führen können.

So gut wie die WoV in ihren Ansätzen sein mag, wenn die Umsetzung nicht klappt, ist sie zum Scheitern verurteilt. So muss man in unseren Augen manchmal etwas, dass noch so attraktiv wirkt und Zeit dafür investiert wurde, für den Moment sein lassen.

Einen Satz aus der Antwort des Gemeinderats möchten wir unterstreichen. Die Arbeit war nicht für nichts. Wertvolle Erfahrungen konnten gesammelt werden.

Wir von der FDP-Fraktion sind fest davon überzeugt, dass das Projekt „WoV“ im richtigen Moment, also nach den bevorstehenden Grossprojekten rund um die Organisation der Ver-

waltung, für die Gemeinde Ostermundigen eine grosse Bereicherung sein kann. Wir werden deshalb zu gegebener Zeit mit einem entsprechenden politischen Instrument darauf zurückkommen. Wir von der FDP-Fraktion unterstützen deshalb die Motion der EVP.

Ernst Hirsiger (SVP): Die EVP-Motion ist gut dokumentiert. Unter anderem wird Prof. Dr. Kuno Schedler, ein ausgewiesener Fachmann auf dem Gebiet „Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV)“ zitiert. Das verleiht dem Vorstoss auf den ersten Anblick viel Glaubwürdigkeit. Liest man die Beilagen genauer, stösst man rasch auf Widersprüche in der Begründung der EVP-Fraktion.

Die EVP-Fraktion will mit ihrer Motion ein Flugzeug stoppen, das auf der Piste gerade beschleunigt, um abzuheben und behauptet, das Flugzeug könne gar nicht fliegen. Sie weiss, dass sie für ihr Vorhaben leicht Verbündete gewinnen kann, weil WoV für viele in Ostermundigen ein Buch mit sieben Siegeln darstellt und man den Nutzen dieses Modells nicht so ohne weiteres kommunizieren kann. Ausserdem erfordert WoV ein Umdenken in der Verwaltung und dem Parlament.

Was haben wir, geschätzte Anwesende, eigentlich von den WoV-Piloten nach einem Jahr erwartet? „Aller Anfang ist schwer“ sagt der Ingenieur. Deshalb sind die Pilotprojekte in Ostermundigen und WoV im Allgemeinen noch lange nicht gescheitert. "You can get it if you really want it, but you must try, try and try..."³⁾

WoV ist kein Kleid ab Stange oder ein Fertighaus? Es gibt nur massgeschneiderte Lösungen von Fall zu Fall.

³⁾ Wikipedia: Jimmy Cliff (* 1. April 1948 in St. Catherine, Jamaika als James Chambers) ist ein jamaikanischer Reggaekünstler, der durch Songs wie "Many Rivers To Cross" aus dem Soundtrack Album "The Harder They Come" bekannt wurde und mit diesen am weltweiten Durchbruch der Reggaemusik beteiligt war. Jimmy Cliffs "You can get it if you really want" - Songtext Übersetzung:

Refrain:

Du kannst es schaffen, wenn du wirklich willst

Du kannst es schaffen, wenn du wirklich willst

Du kannst es schaffen, wenn du wirklich willst

Aber du musst es versuchen, versuchen und versuchen, versuchen und versuchen, dann wirst du zum Schluss erfolg haben.

Du musst dein Ziel verfolgen (im übertragenen Sinne,

Ob du gewinnst oder verlierst, du musst teilen,

Du musst deine Träume freilassen

Du kannst es schaffen, egal wie schwer es jetzt gerade scheint.

Refrain:

Rom wurde auch nicht an einem Tag erbaut,

Widerstand wird dich auf deinem Weg begleiten,

Aber desto härter der Kampf, du wirst schon sehn,

Desto süßer wird dein Sieg sein.

- Womit hat WoV direkt nichts zu tun?

Mit den Gemeindewahlen, dem neuen Verwaltungsgebäude, der Finanzlage, den Fähigkeiten von Parlament und Verwaltung, der Einführung von HRM2. Letzteres würde WoV eigentlich mehr begünstigen als behindern.

- Womit hat WoV sehr viel zu tun?

Mit der Führung nach messbaren Zielvorgaben, einem Veränderungsprozess, Effizienz und Effektivität der Verwaltung, Kundenorientierung, einer anderen Optik bei der Verwaltungstätigkeit und begrenztem unternehmerischen Spielraum der Verwaltung. Die Rahmenbedingungen setzt immer noch die Politik.

Die SVP-Fraktion lehnt es ab, einen befristeten Pilotversuch in der Halbzeit abubrechen, bevor überhaupt verlässliche Aussagen über die Ergebnisse vorliegen. Bei der vorliegenden Ausgangslage müsste eigentlich der Versuch um mindestens ein Jahr verlängert werden. Wir unterstützen deshalb die Motion nicht.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Die Votanten sind sich weitgehend einig, die Motion zu überweisen. Es ist wichtig, dass wir das Wesentliche aus der Motion mitnehmen und die Ziele bei den zukünftigen Geschäften im Auge behalten. Wir praktizieren zum Beispiel im Jugendamt seit über 10 Jahren ein Schwerpunkteprogramm. Hier wird über die Wirkung gesprochen und ebenfalls festgehalten resp. dokumentiert. Wir leben mit den Zielen und Wirkungen sozusagen bereits heute.

Ich sehe kein Zusammenhang zwischen WoV und neuem Verwaltungszentrum und auch nicht zwischen der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung im Zusammenhang mit dem Verwaltungszentrum. Die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung muss vorgenommen werden. Doch heute müssen wir zuwarten, bis die neue Legislaturperiode 2013 bis 2016 gestartet ist. Doch bei der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung können nicht dermassen viele Synergien genutzt werden. Wir dürfen nicht zu optimistisch sein!

Das Projekt "WoV" kann in der nächsten Legislatur durchaus wieder aufgegriffen werden. Bei anderen Gemeinden sind jedoch unbedingt die notwendigen Erfahrungen und Referenzen einzuholen. Die Gemeinde Spiez legt die Ziele nicht mehr mit Werten und Indikatoren fest - die Ziele werden neu verbal umschrieben. Ernst Hirsiger (SVP) hat mit seiner Äusserung durchaus Recht: WoV sind massgeschneiderte Modelle, die umgesetzt und praktiziert werden.

Der Gemeinderat ist bereit, die Motion entgegen zu nehmen. Ein neuer Start verlangt ebenfalls, dass die Pilotbereiche neu überprüft werden müssen. Es macht keinen Sinn, in den heutigen Schienen weiterzufahren.

Christian Zeyer (SP): Ich möchte ebenfalls noch einige Gedanken einbringen, wieso wir die Motion unterstützen:

- Die SVP-Fraktion will effizient und effektiv sein. Zwischen Effizienz und Effektivität gibt es einen wesentlichen Unterschied. Jemand kann sehr effizient sein jedoch nicht effektiv. Auch mit der vorliegenden WoV-Geschichte hält es sich so. In dem Buch "Sinnlose Wettbewerbe - Wieso wir immer mehr Unsinn produzieren" von Professor Binswanger, Pro-

fessor für Volkswirtschaftslehre und Financier an der Fachhochschule Nordwestschweiz in Olten ⁴⁾ wird das Thema "WoV" untersucht. Was macht Qualität und Leistung aus? Damit bin ich wieder bei meiner Startaussage: Effizienz und Effektivität sind mit Vorsicht einzusetzen.

Ernst Hirsiger (SVP): Ich kann mich den Worten des Vorredners Christian Zeyer (SP) nur anschliessen. Wo er Recht hat, hat er Recht - doch aufgepasst: Qualitätsmanagement hat nicht direkt mit WoV zu tun.

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Es liegen keine Voten mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 25 zu 8 Stimmen (Überweisung der Motion) resp. 33 zu 0 Stimmen (für die Abschreibung der Motion) den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Motion EVP-Fraktion betreffend Abbruch der WoV-Piloten wird erheblich erklärt und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.

⁴⁾ <http://www.mathias-binswanger.ch/>

»Je mehr Wettbewerb - umso besser«: Schliesslich soll sich doch der, die oder das Beste durchsetzen. Also versucht man, auch dort, wo es keinen Markt gibt, künstliche Wettbewerbe zu inszenieren, um z.B. Wissenschaft, Bildung oder Gesundheitswesen auf Effizienz zu trimmen. Doch dies führt nicht zu mehr Qualität, sondern dazu, dass viele Menschen freudlos und gestresst mit Akribie und Fleiß Dinge hervorbringen, die niemand braucht.

Der kompetente Autor vertritt die Meinung, dass diese Produktion von Unsinn zwar Arbeitsplätze schafft, doch fatale Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft hat: Sinn wird durch Unsinn verdrängt, Qualität durch Quantität. Diese Entwicklung führt zu einer schleichenden, noch kaum erkannten Pervertierung der Marktwirtschaft, die entschieden bekämpft werden muss.

42.2.42 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Neuerstellung

42.3.42 Abwasseranlagen; Öffentlich, Neuerstellung (früher 42.312, alte Bezeichnung: Abwasseranlagen; Neuerstellung)

48. Arbeitszone Mösli: Erschliessung Wasser und Abwasser; Kreditabrechnung

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Christian Zeyer (SP): Ich fasse meine geplanten zwei Voten zusammen:

Einerseits möchte ich den Gemeindebetriebe für die Innovativität bestens danken (siehe Botschaft: Neues Rohrlegesystem verarbeiten). In diesem Zusammenhang konnten wichtige Einsparungen erzielt werden. Die neuen Technologien müssen immer wieder eingesetzt werden. Andererseits gefällt mir nicht, dass die Kostendarstellungen intransparent dargestellt werden. Wie werden die Vorleistungen der Privaten budgetiert?

Der Gemeindepräsident hat mir zugesichert, dass die Kostendarstellungen inskünftig transparenter und lesefreundlicher dargestellt werden. Grundsätzlich ist es durchaus möglich, bereits in der Kostenabrechnung eine gewisse Transparenz offen zu legen. Im Kostenvoranschlag hätten die Rückzahlungen ausgewiesen werden müssen.

Das Geld wurde ausgegeben, die Leitungen sind gut verlegt worden und es soll kein grosses Aufsehen entstehen. Nichts desto trotz sind dem Parlament in Zukunft transparente Kreditabrechnungen vorzulegen!

Departementsvorsteher Gemeindebetriebe Synes Ernst (CVP): Die Privatleitungen wurden durch die Bauherrschaft direkt in Rechnung gestellt. Für die Gemeindebetriebe sind diesbezüglich keine Kosten angefallen. Erst am Schluss haben die Gemeindebetriebe Fr. 70'000.-- für Wasserleitungen und Fr. 5'000.-- für Abwasserleitungen in Rechnung gestellt.

Bereits in der GPK wurde die Diskussion betreffend Mehrwertsteuer geführt. Der effektive Betrag von Fr. 91'773.50 entspricht nicht 7,6 % MWSt. der Summe von 1,26 Mio. Franken. Die Mehrwertsteuer wurde für unterschiedliche Objekte zu unterschiedlichen Prozentsätzen berechnet. Im Kostenvoranschlag wurde die Mehrwertsteuersumme aus den Bauabrechnungen addiert und mit den Fr. 91'773.50 ausgewiesen.

Der Gemeinderat hat die Tabelle mit den Mehrwertsteuerbeiträgen zur Kenntnis genommen. Die Tabelle wurde irrtümlicherweise den GPK-Mitgliedern resp. den Parlamentsmitgliedern nicht abgegeben. Ich bitte den GGR, die Unterlassungssünde zu entschuldigen.

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Es liegen keine Voten mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Von der Kreditabrechnung über „Arbeitszone Möslj; Erschliessung Wasser und Abwasser“, abschliessend mit einer Kostensumme von Fr. 1'352'545.25 (inkl. MWSt.), wird Kenntnis genommen.

42.2.43 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Unterhalt

42.3.43 Abwasseranlagen; Öffentlich, Unterhalt (früher 42.313, alte Bezeichnung: Abwasseranlagen; Unterhalt)

49. Projekte "GG (Grauguss) 03.05/03.06": Erneuerung von Wasserleitungen und Kanalisationen; Kreditabrechnung

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst ohne Diskussion einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Von der Kreditabrechnung über „Projekte GG (Grauguss) 03.05/03.06; Erneuerung von Wasserleitungen und Kanalisationen“, abschliessend mit einer Kostensumme von Fr. 1'552'179.65 (exkl. MWSt.), wird Kenntnis genommen.

42.2.42 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Neuerstellung

42.3.42 Abwasseranlagen; Öffentlich, Neuerstellung (früher 42.312, alte Bezeichnung: Abwasseranlagen; Neuerstellung)

50. Bernstrasse/Rütiweg: Netzerweiterung Wasser und Abwasser; Kreditabrechnung

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Christian Zeyer (SP): Erlaubt seien mir Anmerkungen zu der Botschaft auf Seite 4:

Total Wasser: Im Kostenvoranschlag waren Fr. 743'000.-- vorgesehen. Die Kosten konnten effektiv mit Fr. 730'167.85 abgerechnet werden. Ist der Bau für die Gemeinde letztendlich günstiger geworden?

Total Wasser öffentlich: Im Kostenvoranschlag waren Fr. 653'000.-- vorgesehen. Die Kosten konnten effektiv mit Fr. 730'167.85 abgerechnet werden. Hier wurden die Kosten um über Fr. 77'000.-- überschritten. In der Botschaft wird erwähnt, dass die Mehraufwendungen bei den Baumeisterarbeiten verrechnet worden sind. Wie entsteht dieser Sachverhalt?

Das entsteht dadurch, dass im Kostenvoranschlag für private Wasserleitungen Ausgaben von Fr. 90'000.-- und Einnahmen von Nullfranken budgetiert werden. Die effektiven Kosten werden in der "Vorfinanzierung Hausanschlüsse" mit Fr. 69'988.60 an die Privaten in Rechnung gestellt. Die Darstellung im Kostenvoranschlag entspricht in keiner Art und Weise (die Rechnungsstellung an Private wird mit Nullfranken ausgewiesen) einer vernünftigen und richtigen Rechnungslegung. Dieser Missstand muss geändert werden!

Walter Bruderer (FORUM): Auch ich hatte mit den Kreditabrechnungen der Geschäfte Nr. 48 bis 50 Mühe. Anlässlich der GPK-Sitzung habe ich dem Departementsvorsteher Gemeindebetriebe meine Fragen deponiert. Mit den Antworten bin ich zufrieden. Mein Wunsch ist es jedoch, dass die Abteilung für die zukünftigen Kreditabrechnungen ein transparentes und auch für Laien verständliches Abrechnungsschema erstellt.

Hans-Rudolf Hausammann (SVP): Ich habe eine Anmerkung zu der Botschaft auf Seite 5 - zweitletzter Abschnitt:

Stark verspätete und mangelhafte Rechnungen seitens der beauftragten Bauunternehmung belasteten die Bauleitung zusätzlich sehr; die Kostenentwicklung des Projekts war somit kaum mehr abschätzbar... Wie erklärt sich dieser Sachverhalt?

Hier wären wir nun beim Führungsinstrument WoV angelangt. Der Kontrolle ist ausreichend Beachtung zu schenken. Wenn die Bauunternehmen die Abrechnungen nicht zeitgemäss ausführen, dann müssen diese von der Verwaltung gemahnt werden.

...Die Lehren daraus wurden seitens der Gemeindebetriebe gezogen;... Wir möchten vom Gemeinderat wissen, welche Lehren aus diesem Fall gezogen wurden?

Eduard Rippstein (CVP): Ich muss für die Abteilung Gemeindebetriebe eine Lanze brechen: Wir machen nicht Geschichtsschreibung. Die vorliegenden Geschäfte wurden in den Jahren

2004 und 2006 ausgelöst. Die heutige Abteilungsleitung war damals noch nicht im Amt. Der Departementsvorsteher, Synes Ernst (CVP), hat bereits anlässlich der GPK-Sitzung informiert, dass in Zukunft ein neues Rechnungsmodell zur Anwendung kommen wird.

Christian Zeyer (SP): Mir ist es egal, wenn in der Vergangenheit Fehler gemacht worden und die entsprechenden Lehren daraus gezogen worden sind. Ich bezweifle, dass mit der Einführung von WoV diese Fehler nicht passiert wären.

Die Abrechnung aus dem Jahre 2010 hätte mit einer entsprechenden Erklärung (Fussnote) für alle verständlich gemacht werden können. Es wäre einfach gewesen, im Kostenvoranschlag die Position "Rechnungstellung an Private" Fr. 90'000.-- mit einer Fussnote zu versehen. Die Fussnote hätte lauten können: *Diese Budgetposition wurde im Kostenvoranschlag effektiv vergessen.*

Für die vorliegenden Abrechnungen hätte ich eine Lesehilfe in Anspruch nehmen können: Aus einem Defizit wird plötzlich ein Besserabschluss - mit diesem Sachverhalt habe ich ein Leseproblem und verstehe das Ganze nicht. Ich hätte gerne eine durchdachte Kreditabrechnung, mit einem einfachen Überblick über die damit verbundenen Ausgaben und Einnahmen. Bei der Durchsicht der Kreditabrechnungen stellte sich mir die Frage: Müssen weitere Fehler auch noch ausgegraben werden?

Ernst Hirsiger (SVP): Wie Kollege Hans-Rudolf Hausammann möchte ich vom Gemeinderat wissen, welche Lehren gezogen wurden. Auf diese einfache Frage möchte die SVP-Fraktion eine Antwort.

Norbert Riesen (SP): Ich habe die Diskussion gut mitverfolgt. Niemand wurde persönlich angegriffen. Dem Gemeinderat und den Mitarbeitenden ist ein Lob für die pragmatischen GGR-Botschaften auszusprechen. Es ist kein Problem des jetzigen Gemeinderates. Fakt ist, wir haben unsere Voten gut eingebracht.

Bei den Kreditabrechnungen wurde der jeweilige Kostenvoranschlag nach dem Bruttoprinzip erstellt. Die Kreditabrechnungen sind nach dem Nettoprinzip vorgenommen worden. Die privaten Beiträge wurden in die Kreditabrechnungen aufgenommen.

Im Zusammenhang mit WoV möchte ich noch folgendes anfügen: Die Kreditabrechnungen werden seit Jahren von der gleichen Person erstellt. Die Abrechnungen sollen in Zukunft noch von einem Finanzspezialisten der Abteilung Finanzen/Steuern kontrolliert werden.

Departementsvorsteher Gemeindebetriebe Synes Ernst (CVP): Vielen Dank für die Blumen - ich fühle mich durch die vorgebrachten Voten nicht angeschossen! Die Aussage von Norbert Riesen (SP) ist richtig. Im vorliegenden Fall wurden das Brutto- und das Nettoprinzip vermischt. Das "Total Wasser" beträgt Fr. 77'000.-- an Mehrkosten.

- Die Lehren daraus sind: Die Abrechnungen werden inskünftig möglichst transparent dargestellt. Die Kritik aus dem Plenum nehme ich entgegen.

- Die Abrechnungen der Privaten waren auch für die Abteilung Gemeindebetriebe ein Lehrprozess.
- Die Lehren aus dem Fall "Bernstrasse/Rütiweg" sind: Der Ingenieur wird keine Aufträge mehr erhalten. Die Zusammenarbeit mit den Bauunternehmen ist verbessert worden, in dem die Abrechnungen einmal pro Monat erstellt werden müssen. Ein Nachtragskredit soll nur im Notfall ausgelöst werden. Diese Kriterien werden in Zukunft in die Submission eingeführt. In einer Submission ist der Preis das einzige Kriterium, welches nicht angefochten werden kann. Bei Referenzauskünften zu einem Bauunternehmen muss das Abrechnungssystem hinterfragt werden.

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Es liegen keine Voten mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst gestützt auf die gemeinderätliche Botschaft einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Von der Kreditabrechnung über „Bernstrasse/Rütiweg; Netzerweiterung Wasser und Abwasser“, abschliessend mit einer Kostensumme von Fr. 1'572'095.65 (exkl. MWSt.), wird Kenntnis genommen.
2. Zu Lasten der Investitionsrechnung Abwasser (Kto. 530.501.03) wird ein Nachkredit von Fr. 112'095.65 bewilligt.

42.2.42 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Neuerstellung

42.3.42 Abwasseranlagen; Öffentlich, Neuerstellung (früher 42.312, alte Bezeichnung: Abwasseranlagen; Neuerstellung)

51. Wegmühlegässli: Neubau der Abwasserleitungen und Ersatz der Wasserleitungen; Kreditabrechnung

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Departementsvorsteher Gemeindebetriebe Synes Ernst (CVP): Zwei ausstehende Fragen Seitens der Geschäftsprüfungskommission habe ich noch zu beantworten:

1. Die Leistungen der Privaten für das Abwasser (Vorfinanzierung Hausanschlüsse) - wieso mussten die Privaten fast das Doppelte bezahlen?

Die Aufwendungen wurden korrekt in Rechnung gestellt. Der Betrag im Kostenvoranschlag ist zu tief budgetiert worden.

2. Zustand des Belags im Wegmühlegässli

Eine Sanierung des Strassenbelags wurde auf Kosten des Bauunternehmens durchgeführt. Ich habe mit der Abteilung Tiefbau Rücksprache genommen und der schlechte Zustand des Strassenbelags wird beim Bauunternehmen nochmals gerügt.

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Es liegen keine Voten mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Von der Kreditabrechnung über „Wegmühlegässli; Neubau der Abwasserleitungen und Ersatz der Wasserleitungen“, abschliessend mit einer Kostensumme von Fr. 1'078'614.35 (exkl. MWSt.), wird Kenntnis genommen.

10.3.72 Motionen
10.22.0.14 Ortsentwicklung (früher: 10.2214)

52. Überparteiliche Motion betreffend Entwicklung entlang der Bahnlinie in Ostermundigen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Christian Zeyer (SP): Für mich fällt die gemeinderätliche Beantwortung zwiespältig aus. Wer die Antworten genau liest, bemerkt daraus, dass der Gemeinderat die Motion eigentlich gar nicht umsetzen will. Diesen Sachverhalt finde ich speziell. Eine Ablehnung der Motion wäre in diesem Fall der bessere Entscheid gewesen. Vielleicht hat sich der Gemeinderat mit der Problematik gar nicht richtig auseinander gesetzt. So wird zum Beispiel erwähnt, dass durch die Festlegung der Ausnützungsziffern das Geld bei den aktuellen Hauseigentümern landet und den Investoren somit der Anreiz für eine Gewinnausschüttung fehlt. Diese Argumentation ist nicht nachvollziehbar. Planungsrechtlich können Planungszonen auch ohne Ausnützungsziffern errichtet werden. In vielen anderen Gemeinden wird das regelmässig so gehandhabt. Es werden keine Ausnützungsziffern festgelegt. Stattdessen wird festgehalten, dass die Qualität durch einen städtebaulichen Entwurf festgelegt werden soll.

Es entsteht eine spannende Situation. Die Investoren können die Landbesitzer von einem gemeinsamen Projekt begeistern. Eine gute und spannende Siedlungsentwicklung wird erzielt. Diesen Sachverhalt muss von der Gemeinde unterstützt werden. Es gibt sehr aktive Gemeinden (z. B. die Stadt Burgdorf). Auch die Gemeinde Ostermundigen sollte die Qualität der Gemeindeentwicklung vorantreiben.

In der Motion geht es primär um dieses Ziel: Es soll ein attraktives Wohnangebot geschaffen werden und das auch innerhalb der heute bestehenden Überbauungszonen. Eine qualitative Verbesserung kann nur mit entsprechendem Einsatz von allen erreicht werden. Dieses Feuer wird in der Antwort des Gemeinderates zur Motion vermisst. Stattdessen sind sämtliche Entschuldigungen zu vernehmen und in drei Jahren wird dann das Parlament den Gemeinderat bitten, die Motion als unerledigt abzuschreiben. Das wäre definitiv der Moment, den Gemeinderat zu rügen! Ich bitte den Gemeinderat, parlamentarische Wünsche entgegenzunehmen und dann umzusetzen oder abzulehnen.

Eduard Rippstein (CVP): Ich bin mit den Aussagen des Vorredners einverstanden. Ich werde mithelfen, die Motion zu überweisen. Die Attraktivierung eines bestehenden Wohnquartiers ist vom Gemeinderat an die Hand zu nehmen. Die Überweisung nützt nur dann etwas, wenn der Gemeinderat die Motion mit dem Gemeindeplaner inkl. der Abteilung Hochbau an die Hand nimmt und etwas ausführt. Sodann wird die Gemeinde Ostermundigen attraktiv und wird als gutes Beispiel in der Presse erwähnt. Bitte Gemeinderat, unternimm etwas!

Silvia Fels (EVP): Auch wir von der EVP-Fraktion haben bei der überparteilichen Motion unsere Unterschriften abgegeben. Wir unterstützen es, dass der Gemeinderat sich darum be-

müht, bauliche Erneuerungen, wo es möglich ist, anzustossen. Aus unserer Sicht liegt in diesem Gebiet entlang der Bahnlinie einiges drin. Dies wird auf jeden Fall neue Menschen nach Ostermundigen locken, wenn guter Wohnraum nahe der Bahn realisiert werden kann.

Die Stellungnahme des Gemeinderats hat uns aber auch aufgezeigt, dass es viele wichtige Punkte zu beachten gilt: Wohnqualität, öffentliche Aussenräume, Profit für die Eigentümer und vieles mehr. Eine Aufwertung der einzelnen Häuser ist auf jeden Fall nötig, auch bei erhaltenswerten Gebäuden. Ob wir wirklich von Verdichtung reden können, weiss ich nicht. Sobald der Wohnraum nicht mehr als Billigwohnraum gebraucht wird, wäre es doch wie bei anderen Überbauungen. Im Durchschnitt rechnet man mit 44 m² pro Person, was ja jetzt sicher nicht der Fall ist. Es wohnen verhältnismässig viele Leute auf kleinem Raum, besonders an der Gerbestrasse.

Uns ist es wichtig, dass der soziale Aspekt bei allen Abklärungen einbezogen wird. Wir danken dem Gemeinderat, dass er diesen Auftrag entgegen nehmen wird und sich um eine gute Umsetzung bemüht.

Walter Bruderer (FORUM): Auch ich kann mich dem Eindruck von Christian Zeyer (SP) anschliessen. Gegen die Zielsetzung des Vorstosses haben wir grundsätzlich nichts einzuwenden. Für den Gemeinderat wird es jedoch nicht einfach sein, eine problemlose, gute Lösung zu finden. Wir machen noch auf zwei wichtige Aspekte aufmerksam:

1. Was wird mit den nicht gut situierten Bewohnern in den heutigen, nicht mehr neuen Gebäuden geschehen? Wer vermittelt diesen Personen neue, bezahlbare Wohnungen und allenfalls zu Lasten von wem?
2. Entlang den Gleisen, auf denen bekanntlich rund um die Uhr Züge fahren - es sind ca. 300 pro Tag - müsste aus Lärmgründen primär Industrie und Gewerbe platziert werden. Daran zu denken ist auch, dass bei baulichen Änderungen die eidgenössische Lärmschutzverordnung einzuhalten ist. Wir erinnern an die harten Vorgaben für die Bahnen für den Bau des dritten Gleises.

Um eine spürbare Verdichtung zu erreichen, muss man von Gebäuden mit mehr als vier Stockwerken ausgehen. Bereits fürs Oberfeld hatten wir seinerzeit Hochhäuser vorgeschlagen, umgeben von viel Grün, mit Ruhezeiten für die Erwachsenen und sinnvollen Spielgelegenheiten für die Kinder. Die Siedlung Wittigkofen ist diesbezüglich ein Vorbild.

Hans-Rudolf Hausammann (SVP): Besten Dank an Christian Zeyer (SP) für die eingereichte Motion. Auch wir hoffen, dass der Gemeinderat die Sachlage ernst nimmt.

Bruno Grossniklaus (SP): Auch ich habe die Motion als einer von vier "Unleserlichen" unterschrieben. Ich erlaube mir ein paar mahnende Worte:

Es ist wichtig, dass Ostermundigen sich weiterentwickelt. Die siedlungstechnischen Erneuerungen haben wir von der Natur übernommen. So erneuert sich unser Körper im Schnitt zweimal pro Jahr auf zellulärer Ebene. Eine Siedlungserneuerung kann und wird Ostermundigen stärken. Sei es bei den Finanzen oder in energietechnischer Hinsicht.

Auch hier sei ein mahnendes Wort erlaubt: Ich warne alle, die diese Motion als Grundlage für eine Hetzjagd auf sozioökonomisch schwache Schichten, also auf die sogenannten „schlechten Steuerzahlenden“, missbrauchen wollen. Was wir in unserer Zeit brauchen, ist die gesellschaftliche Solidarität. Mir sei die Spitze verziehen: Eine Solidarität, welche ich vermisse, als Bürger einer redlich haushaltenden Gemeinde, umgeben von Steuerparadiesen, welche ihren Reichtum nicht erarbeitet, sondern die Armut auf Kosten anderer weggebaut haben. Dieser Vorgang ist nicht ganz korrekt.

Ich gebe zu bedenken, dass im urbanen Gebiet bezahlbarer Wohnraum knapp ist. Dies führt besonders bei Familien dazu, dass sie in Landgemeinden ziehen, die neue Häuser auf frisch betonierten Blumenwiesen stellen. Und dies wiederum ist dann die Ursache für kilometerlange Pendlerströme, welche die Strassen der Agglomerationsgemeinden verstopfen. Denn bei finanzschwachen Familien fehlt oft das Geld für Generalabonnemente etc..

Zum anderen ist es die Pflicht der Politik, den gesellschaftlichen Schulterschluss zu veranlassen und nicht den Menschen nach seinem monetären Steuerwert zu beurteilen.

Aus entwicklungstechnischer Sicht werde ich der Motion zustimmen. Aber wie in meiner Warnung dargelegt, werde ich mich mit aller Vehemenz gegen alle stellen, ob aus einer bürgerlichen oder linken Partei stammend, welche sich unter dem Vorwand der Siedlungsentwicklung am einfachen Volk und den sozial Schwachen vergreifen wollen. Das ist ein Versprechen!

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Der Gemeinderat ist bereit, die Motion entgegen zu nehmen. Mit der Umsetzung stellen sich viele Fragen und viele Klippen müssen umschiffen werden. Der Erstunterzeichner und Motionär Christian Zeyer (SP) hat die Motion als Prüfungsauftrag formuliert und so kann der Gemeinderat sie auch entgegen nehmen. Eine Überprüfung der Entwicklung muss in diesem Perimeter vorgenommen werden.

Mit einer Planungszone werden die geltenden Bauvorschriften blockiert. Innerhalb von zwei Jahren wird die Gemeinde verpflichtet, neue Bauvorschriften für den Perimeter auszuarbeiten. In diesem Fall muss kein Nutzungsmass vorgelegt werden. In einer Zone mit Planungspflicht muss das Nutzungsmass sowie die Nutzungsart festgelegt werden. Aber wir haben einen Weg gefunden, dem Wunsch resp. der Idee von Christian Zeyer entsprechen zu können: Wir können zwei Nutzungsmasse festlegen. Das höhere Nutzungsmass kann mit einem Qualitätsnachweis erreicht werden.

5)

① Zu den Voten von Walter Bruderer (FORUM) und Bruno Grossniklaus (SP)

Ich bin froh, dass die sozialen Aspekte "Aufhebung von günstigem Wohnraum" erwähnt wurden. Es kann nicht die Aufgabe der Gemeinde sein, diesem Personenkreis günstigen Wohnraum anzubieten. Der Gemeinderat hat darauf hingewiesen, dass dem sozialen Aspekt genügend Beachtung geschenkt werden muss. Doch der Gemeinderat kann nicht zaubern. Gewisse günstige Wohnungen werden sicher aufgehoben. Doch die Entwicklung wird sicher nicht von Heute auf das Morgen eintreten.

⁵⁾ Peter Wagner (EVP) verlässt um 19.50 Uhr die Sitzung. Es sind noch 34 Ratsmitglieder anwesend.

Hochhäuser werden wieder vermehrt salonfähig. Die Grünflächen dazwischen bilden einen wichtigen Bestandteil. Als gutes Beispiel dient die Überbauung "Im Park" im Liebefeld: Da wurden 6-stöckige Häuser mit viel Grünraum erstellt. So etwas kann nur in grösseren zu überbauenden Gebieten realisiert werden. Im Oberfeld wird gebaut und wir gehen nicht noch einmal mit der Planung über die Bücher.

Verdichtetes Bauen ist in Fachkreisen überall willkommen - doch in der Planungsphase ist mit Vorsicht umzugehen! Das Potenzial wird zurzeit in der Regionalkonferenz Bern-Mittelland abgeklärt. Sie hat letzten Donnerstag getagt und das Regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept verabschiedet. Mit drei Massnahmen soll der Baulandbedarf von 600 Hektaren sichergestellt werden. Mit Einzonungen, Umstrukturierungen und Verdichtung kann die angestrebte Siedlungsentwicklung erreicht werden.

Ich begrüsse es, dass dem verdichteten Bauen eine hohe Priorität zugewiesen wird. Ich finde es richtig, dass nicht allzu viel Potenzial hinein interpretiert wird. Bei der vorliegenden Motion geht es primär nicht um verdichtetes Bauen, sondern es sollen Anreize für Erneuerungen geschaffen werden. Der Gemeinderat ist bereit, die Motion zur Prüfung entgegen zu nehmen.

Christian Zeyer (SP): Ich möchte noch ein paar Bemerkungen zu den Aussagen des Gemeindepräsidenten anbringen: Ich habe tatsächlich die "Zone mit Planungspflicht" gemeint. Den Stadtpräsidenten von Burgdorf habe ich heute besucht und dort wird das verdichtete Bauen so angewendet. Das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) hat diesen Sachverhalt problemlos genehmigt. Eine Kontaktaufnahme mit Herrn Peter Hänsenberger ist sicher begrüssenswert.

Die Verdichtung liegt bei einer Ausnützungsziffer von 0,6. Das ist ein relativ tiefer Wert für die Verdichtung. Es liegt Verdichtungspotenzial vor. Die architektonische Zeit kann mit einer Zone mit Planungspflicht festgelegt werden. Eine städtebauliche attraktive Lösung kann erarbeitet werden. Dabei handelt es sich um keine planungsrechtliche Neuheit; diese Art und Weise kommt schon heute in der Stadt Bern zum Einsatz.

Ich habe nie behauptet, dass ein einfacher Weg zur Erfüllung der Motion führt. Ein Prüfauftrag mit voraussichtlichem negativem Resultat wird zu einer letztendlich negativen Schlussresultat führen. Mit einem positiven Klimmzug kann, resp. darf ein positiver Abschluss erwartet werden, auch wenn der Weg dazu nicht einfach ist. Das ist der Spirit, welcher mir bei der gemeinderätlichen Stellungnahme fehlt.

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Es liegen keine Voten mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Die überparteiliche Motion betreffend Entwicklung entlang der Bahnlinie in Ostermundigen wird erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.74 Interpellationen
13.3.00 Allgemeines
13.0.32 Parlamentarische Vorstösse (früher: 13.32)

53. Interpellation H. Schoop (FDP) betreffend Entwicklung Kindergartenplatzbedarf und -nutzung; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates wurde den Parlamentsmitgliedern vorgängig zugestellt. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Henrik Schoop (FDP): Ich bin mit der gemeinderätlichen Stellungnahme zufrieden - besten Dank.

B e s c h l u s s :

Der Grosse Gemeinderat (GGR) nimmt von der schriftlichen Beantwortung der Interpellation Kenntnis.

54. Orientierungen des Gemeinderates

30.4.60 Saalbau Tell
30.4.61 Restaurant Tell

a. Tellareal: Orientierung über die Eigentumsstrategie

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): An der letzten Sitzung habe ich das Parlament darüber informiert, dass der Gemeinderat die Verhandlungen mit der Grundeigentümerschaft der Liegenschaft Poststrasse 6 abbricht. Als Ersatzstandort für ein Verwaltungszentrum ist das Tellareal in die Mitte gerückt. In der Zwischenzeit wurde den betroffenen Kommissionen die Testplanung des neuen Standortes TELL zur Diskussion vorgestellt. Der Gemeinderat hat das weitere Vorgehen bestimmt. Er hat festgestellt, dass die Frage "Eigentum oder Miete" die Zentralste ist. Der Gemeinderat hat sich für die Variante "Eigentum" entschieden. Aus diesem Grund soll auf dem Tellareal ein Verwaltungsgebäude inkl. Gemeindesaal (ca. 70 % Eigennutzung) gebaut werden

Dem Gemeinderat ist es ein besonderes Anliegen, die Haltung des Parlamentes in Erfahrung zu bringen. Es besteht ein hängiges Postulat der SVP-Fraktion betreffend Miete oder Kauf Verwaltungszentrum. Dieses Postulat wird nach den Sommerferien dem Parlament zur Entscheidung vorgelegt.

10.20.13 Tram Region Bern

b. Tram Region Bern; Stellungnahme zu Baubeginn

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Die Frage des Zeitfensters "Baubeginn 2014 zwingend?" stösst in den Medien auf ein breites Echo. In Ostermundigen wurde diese Frage im Gegensatz zu Köniz eher gelassen entgegen genommen. Trotzdem möchte ich dem Parlament noch ein paar Hintergrundinformationen bekannt geben:

- Beim Projektstart im Jahre 2008 konnte die Behördendelegation davon ausgehen, dass das Zeitfenster gilt. Das Projekt "Tram Region Bern" ist ein bewilligtes Projekt im ersten nationalen Agglomerationsprogramm. In den Weisungen wurde auf die Rückstufung verwiesen, wenn der Baubeginn 2014 nicht eingehalten werden kann. Das stellt meines Erachtens eine sinnvolle Regelung für den Einsatz der direkten Bundessteuergeldern dar.
- Beim Bund ist in der Zwischenzeit ein anderes Problem aufgetaucht: Der Infrastrukturfonds hat Liquiditätsprobleme angemeldet. Der Bund hat den Kantonen mitgeteilt, dass eine Vorfinanzierung durch die Kantone vorgenommen werden soll. Dieser Sachverhalt hat bei den Kantonen keine grossen Beifallsstürme ausgelöst; gegen den Bundesentscheid haben die Kantone opponiert. Die Opposition hat dazu geführt, dass der Bund die Frist des Baubeginns gelockert hat.
- Trotzdem besteht heute nach wie vor ein indirekter Druck, das Projekt "Tram Region Bern" voranzutreiben. Die Idee, dass Projekt zurück zu stufen, wenn es nicht vorwärts geht, ist noch vorhanden. In den Weisungen zum zweiten Agglomerationsprogramm wird der Stand der Projekte aus dem ersten Agglomerationsprogramm berücksichtigt. Die Situation hat sich mit dem Beschluss des Bundesrates nicht gross verändert. Die Be-

hördendelegation will am Baubeginn 2014 festhalten, um nicht andere Projekte mit einer Verzögerung zu gefährden. Momentan sind wir terminlich auf Kurs.

- Ostermundigen hat das Argument des Zeitfensters "Baubeginn 2014 zwingend?" ebenfalls angewendet. Doch wir haben nie mit dem "Zeitdruck" argumentiert, sondern mit der sachlichen Notwendigkeit für die Gemeinde Ostermundigen. Wir haben den Bedarf, den öffentlichen Verkehr in Ostermundigen auszubauen und in diesem Zusammenhang die Sanierung der Bernstrasse voranzutreiben. Die Sanierung der Bernstrasse kann nicht ohne weiteres hinausgeschoben werden.
- In der Zweckmässigkeitsprüfung wurden alle Varianten geprüft (z. B. Linienführung via Guisanplatz). Diese Diskussion kann geführt werden; die Argumente liegen auf dem Tisch. Auch wurden bereits Prüfungen im Rahmen der Bauprojekte (z. B. Alleen entlang Ostermundigenstrasse) vorgenommen.

Für den Gemeinderat ist das Projekt "Tram Region Bern" zentral für die Gemeindeentwicklung. Wir sehen keinen Grund, dieses Projekt auf die "lange Bank" zu schieben.

10.3.72 Motionen
20.1.01 Jahresvoranschläge - Budgets

55. Überparteiliche Motion betreffend Wiedereinführung der Vereinsbeiträge; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt - mit Wirkung ab 2013 - die Vereinsbeiträge erneut als wiederkehrende Ausgaben in den Voranschlag zu integrieren. Diese Entschädigungen können gemäss der letztmals massgebenden Praxis im Jahr 2011 oder allenfalls mit neu angepasster Praxis ausgerichtet werden.

Begründung

In der Gemeinde Ostermundigen engagieren sich viele Menschen ehrenamtlich in über 80 verschiedenen und vielfältigen Vereinen. Dabei erbringt eine Vielzahl von Ortsvereinen sozialpolitisch massgeblich einen grossen Anteil für unser Gemeindewohl, für den Zusammenhalt. Nebst der hohen kulturellen Vielfalt, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Integration und Jugendbetreuung. Dies wiederum trägt massgeblich auch zur positiven Entwicklung von Ostermundigen bei. In der Vergangenheit hat unsere Gemeinde solche Vorhaben jeweils mit Beiträgen unterstützt, was bekanntlich infolge finanzieller Schieflage der Gemeindefinanzen ab 2012 ersatzlos gestrichen worden ist.

Die Sparmassnahmen obliegen aktuell zur Pflicht, setzen aber dennoch Verantwortung für das Gemeinwohl und die zukünftige Gemeindeentwicklung voraus. Eine Unterbindung von den bisher gewährten Unterstützungen bedeutet: Der Verzicht von sozialpolitischen Unterstützungen durch die Öffentlichkeit führt in verschiedenen Vereinen zu einer massgebender Existenzgefährdung.

Dies kann nicht sein. Folglich macht es Sinn, solchen soziokulturellen Bedürfnissen auch weiterhin unterstützend beizustehen. Dies, zumal sich die vollzogenen Einsparungen gegenüber den mitverbundenen Auswirkungen für unsere Gemeindebedürfnisse nachhaltig als völlig kontraproduktiv präsentieren.

Ausserdem gilt es zu bedenken, dass eine diesbezügliche Grundhaltung auch für erhoffte Neuzuzüger von Bedeutung sein kann. Mit dem Prädikat: Unsere Vereine übernehmen in unserer Gemeinde wichtige soziale Funktionen wahr.

sig. H. Schoop (FDP), M. Werner (FDP), F. Brauner (SVP), B. Grossniklaus (SP), J. Weishaupt (SP), L. Müller (SVP), N. Riesen (SP), E. Rippstein (CVP)

10.3.72 Motionen
30.4.60 Saalbau Tell

56. Motion N. Riesen (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Saalbewirtschaftung während dem Bau des geplanten Verwaltungszentrums auf dem Tellareal; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird im Zusammenhang mit dem Bau des neuen Verwaltungszentrums (inkl. Gemeindesaal) auf dem heutigen Tellaal beauftragt, Überbrückungslösungen für diejenige Zeitspanne zu suchen, während der die Vereine den Tellaal nicht mehr und den neuen Gemeindesaal noch nicht benutzen können. Die aufgrund der Übergangslösungen anfallenden Mehrkosten sind grundsätzlich von der Gemeinde Ostermundigen zu tragen.

Begründung

Der Gemeinderat hat mittels Medienmitteilung vom 27.4.2012 kommuniziert, dass er sich grundsätzlich für das heutige Tellareal als neuen Standort für ein Verwaltungszentrum entschieden habe. Dabei hat er explizit erwähnt, dass eine Kombination von Gemeindesaal und Verwaltung zweckmässig ist. Des Weiteren kündete er eine Orientierung über das weitere Vorgehen für den Sommer dieses Jahres an.

Der Motionär - und aufgrund der bisherigen Debatten rund um ein Verwaltungszentrum für Ostermundigen vermutlich auch eine Mehrheit im GGR - teilen grundsätzlich die positive Beurteilung des Standortes und der angestrebten Nutzungskombination Verwaltungszentrum/Gemeindesaal.

Das Vereinsleben ist und bleibt jedoch ein wichtiger Faktor für das Zusammenleben in Ostermundigen und den Erhalt der Ortskultur. Deshalb ist es wichtig, möglichst frühzeitige und möglichst gute Lösungen zu suchen bzw. zu finden, welche die Saalbenutzungsbedürfnisse der Ostermundiger Vereine auch während der Bauphase sicherstellen. Dabei sind Ersatzlösungen mit möglichst geringen Einschränkungen zu suchen, wobei die den Vereinen entstehenden Zusatzkosten (z. B. Raummieten, Kosten für Beleuchtung und Ton) durch die Gemeinde Ostermundigen abgegolten werden sollten. Denkbar sind z. B. Vereinbarungen mit Nachbargemeinden, privaten Anbietern in und um Ostermundigen (inkl. Hotels) oder eine stärkere Nutzung gemeindeeigener Infrastrukturen (z. B. Aula Dennigkofen, Schützenhaus). Der Massstab für die pro betroffenen Verein zu überbrückenden Raumbedürfnisse hat sich an der aktuellen Nutzung (z. B. im Durchschnitt der letzten zwei Jahre vor Baubeginn) zu orientieren.

sig. N. Riesen, J. Weishaupt, B. Hirt, R. Kehrl, A. Dogan, C. Nova, R. Mahler, B. Grossniklaus, L. Schärer, R. Wiedmer, J. Biner

10.3.72 Motionen
50.8.71.40 Temporegelungen

57. Motion R. Mahler (SP) und Mitunterzeichnende betreffend klares Temporegime auf Ostermundigens Strassen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Konzept für ein klares Temporegime im Sinne von Tempo 30/50 zu erarbeiten resp. erarbeiten zu lassen und dem Parlament in zwei Jahren zur Genehmigung vorzulegen.

Begründung

Das Temporegime auf Ostermundigens Strassen ist uneinheitlich, unübersichtlich und zum Teil unlogisch. Das führt bei den Strassenbenützern zu Unsicherheit. Es gibt z. B. Strassenabschnitte, die von sehr vielen Schülerinnen, Schülern und Kindergartenkindern gequert werden müssen, die im Gebiet von „generell 50 km/h“ liegen, was erhöhte Unfallgefahr bedeutet.

Es sollen mit dem neuen Temporegime mehrere Dinge erreicht werden:

1. Sollen die Tempoangaben einem klaren Konzept folgen und klar erkenn- und ablesbar sein.
Das wird dazu führen, dass die angezeigte Geschwindigkeit den Strassenbenützern logisch erscheint und darum besser eingehalten wird.
2. Soll die Geschwindigkeit auf nicht verkehrsorientierten Strassen (Quartierstrassen) gesenkt werden.
 - Das sorgt für mehr Sicherheit. (Ein Fahrzeug, das mit 30 km/h unterwegs ist, hat einen Bremsweg von 14 Metern. Mit einer Geschwindigkeit von 50 km/h fährt dasselbe Fahrzeug nach 14 Metern immer noch mit 50 km/h (Reaktionszeit))! Viele Unfälle innerorts mit Fussgängern, die in der letzten Zeit in der Schweiz passiert sind und noch passieren, hätten bei Tempo 30 vermieden werden können und zukünftigen wird mit Tempo 30 vorgebeugt.
 - Tiefere Geschwindigkeit führt, vor allem auf stark frequentierten Strassen, zu einem stetigeren Verkehrsfluss.
 - Tiefere Geschwindigkeit sorgt für mehr Lebensqualität, indem die Lärm- und Luftbelastung reduziert wird.
 - Tiefere Geschwindigkeit sorgt für haushälterischen Umgang mit der Verkehrsfläche, denn langsamerer Verkehr braucht weniger seitlichen Abstand, Fahrstreifen können schmaler gestaltet werden.
 - Unter bestimmten Umständen ist es auch in 30-iger Zonen möglich, Fussgängerstreifen zu realisieren. Diese Möglichkeit soll überall, wo es sinnvoll und möglich ist, ausgenutzt werden.

3. Soll auch auf verkehrsorientierten Strassen eine einheitliche reduzierte Geschwindigkeit eingeführt werden, wie sie zum Teil bereits realisiert ist.
Tiefere Geschwindigkeit führt zu einem ruhigeren Verkehrsfluss und die Kapazität des beruhigten Strassenabschnittes wird sogar gesteigert, wie viele Untersuchungen gezeigt haben.
- sig. R. Mahler, J. Weishaupt, B. Grossniklaus, N. Riesen, L. Schärer, C. Nova, B. Hirt, Ch. Zeyer,
A. Dogan, J. Biner

10.3.72 Motionen
30.0.52 Energiekonzept

58. Motion Ch. Zeyer (SP) und Mitunterzeichnende betreffend "Mit der Sonne bauen"; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird angewiesen dafür zu sorgen, dass das solare Bauen bereits in frühen Planungsstadien sowohl in Testplanungsverfahren, wie auch bei den darauf folgenden weiteren Planungsschritten möglich frühzeitig mit einbezogen wird. Dies gilt nicht nur für das solare Bauen, sondern für das Thema Energie im Allgemeinen.

Dies bedeutet, dass:

- a. In den Ausschreibungen das solare Bauen und das Thema Energie als wichtiger Planungsaspekt erwähnt wird.
- b. In den Anforderungen für die Qualifizierung, Planungsteams über entsprechendes Know-how verfügen müssen.
- c. In der Beurteilung/Jurierung der Arbeiten sichergestellt wird, dass diesem Aspekt beurteilt wird und in die Benotung einfließt.

Begründung

Ein optimaler Einbezug der passiven Sonnenenergie führt auch in unseren Breitengraden zu einem erheblich reduzierten Energieverbrauch in den Wintermonaten. Dies spielt eine besondere, kostenrelevante Rolle, wenn Gebäude mit einem hohen Energiestandard gebaut werden sollen. Wird in der Orientierung der Gebäude auf eine optimale Besonnung keine Rücksicht genommen, steigen die Kosten für die notwendige Dämmung zur Erreichung einer vergleichbaren Leistung deutlich an. Werden jedoch die Grundlagen des solaren Bauens umgesetzt, kann auch in unseren Regionen ein Gebäude so konzipiert werden, dass es weitgehend ohne aktive Beheizung auskommt.

In dichtbesiedelten Gebieten sind die Potentiale für solares Bauen zweifelsohne reduziert. Ein geschickter städtebaulicher Entwurf kann dem jedoch entgegenwirken, im Gegensatz dazu ein ungünstiger Entwurf das Potential weiter reduzieren.

Dabei geht es nicht darum, das solare Bauen grundsätzlich über andere städtebauliche Kriterien zu stellen. Tatsache ist aber, dass ein ungünstiger Entwurf, der diesem Thema keine Rechnung trägt, kaum mehr korrigiert werden kann. Deshalb muss dieses Wissen bereits in einer sehr frühen Phase einbezogen werden.

Eine Rückfrage bei Gemeindeverantwortlichen hat ergeben, dass diese Frage weder bei der Testplanung beim Bären, noch bei der Testplanung für das Verwaltungszentrum einbezogen wurde. Dabei würde insbesondere das Tellareal ein gutes Potential bieten, um ohne grosse Mehrkosten solaroptimiert zu bauen und dadurch auch die Energiekosten langfristig tief zu halten.

Ebenfalls wurde das Thema nicht berücksichtigt, als der Projektentwurf für das Verwaltungszentrum in der Küntigrube erarbeitet wurde.

Es scheint deshalb angebracht, dass dieses Thema, so wie es durch das Label Energiestadt auch empfohlen wird, verbindlich verankert wird.

sig. Ch. Zeyer, J. Weishaupt, R. Mahler, L. Schärer, B. Grossniklaus, N. Riesen, C. Nova, B. Hirt,
J. Biner, A. Dogan

10.3.72 Motionen
63.14.10 Betriebskommission Jugend- und Freizeithaus (früher: 63.680)

59. Motion B. Grossniklaus (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Ja zur Mundiger Jugend; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird aufgefordert, sich für den Hangar einzusetzen. Er soll geeignete Massnahmen ergreifen, um zu gewährleisten,

- dass der generelle Betrieb des Hangars langfristig gesichert wird;
- dass die Jugendlichen und MitarbeiterInnen des Jugendamtes vor Anfeindungen durch AnwohnerInnen geschützt werden;
- dass im Besonderen die Tanzgruppen wieder im angemessenen Rahmen ihre Trainings absolvieren können.

Begründung

Seit die Überbauung Jurablickweg errichtet worden ist, verursachen einzelne Wohnparteien systematisch Störungen beim Betrieb des Hangars. Bereits jetzt ist der Betrieb unseres Jugend- und Freizeithauses eingeschränkt. Unsere Jugendlichen sowie die Mitarbeitenden des Jugendamtes sehen sich z. T. persönlichen Anfeindungen gegenüber. Erklärtes Ziel dieser Leute ist, dass der Hangar geschlossen wird. Es ist an der Zeit, dass die Mundiger Politik ein klares Bekenntnis für unsere Jugend ablegt!

Es ist bedauerlich, dass der Gemeinderat und das Parlament die langfristig möglichen Folgen für den Hangar kaum beachteten, als über die notwendige Überbauung des angrenzenden Areals debattiert wurde. Immerhin hat der Hangar eine lange und populäre Geschichte in Ostermundigen. Es kann nicht sein, dass Einzelne die Jugendpolitik in Ostermundigen blockieren können, obwohl eine Mehrheit der Anwohner kein Problem mit dem Hangar hat bzw. den Betrieb des Hangars gar unterstützt. Diese Mietparteien wussten zum Zeitpunkt des Kaufs ihrer Wohnungen, dass es nebenan ein Jugendhaus hat. Die Politik darf die Jugend nicht im Stich lassen. Es wäre verwunderlich, wenn politische Parteien einerseits monieren, dass die Jugend verwaht und nur noch auf den Strassen herumlungere, aber andererseits den Jungen jeden sicheren Rückzugsort zu nehmen bereit sind.

Ziel der Mundiger Politik muss sein, dass verschiedene Menschen und Generationen hier nicht nur nebeneinander, sondern miteinander leben. Ein Ostermundigen indem nicht nur gewohnt, sondern auch gelebt wird.

sig. B. Grossniklaus, B. Hirt, C. Nova, J. Weishaupt, L. Schärer, R. Mahler, A. Dogan, R. Wiedmer, J. Biner

10.3.74 Interpellationen
10.4.44 Gewerbe, Industrie, Handel (Wirtschaftsförderung)

60. Interpellation B. Grossniklaus (SP) betreffend Wirtschaftsstandort Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang

Fragen

1. Gibt es ein Wirtschaftskonzept für Ostermundigen?
2. a) Steht die Gemeinde mit der Lokalwirtschaft in Kontakt?
b) Wenn ja, wie ist die Stimmung der Gewerbetreibenden?
3. Was unternimmt die Gemeinde um neue Firmen anzusiedeln?
4. Wie wird bzw. kann die Gemeinde bereits angesiedeltes Gewerbe unterstützen?
5. Welche Chancen sieht der Gemeinderat für das Überleben unserer „Dorfländeli“, welche zum Wohnstandort Ostermundigen positiv beitragen?
6. Sieht der Gemeinderat es als nachteilig für die Mundiger KMUs, dass wir kein klassisches Dorfzentrum haben, der als Dorftreffpunkt dient? Wird im Zusammenhang mit einem Verwaltungszentrum „Tell“ geprüft, ob so ein Dorfzentrum geschaffen werden könnte?

Begründung

Für eine Gemeinde welche wächst sind nicht nur Wohnquartiere wichtig, sondern auch eine stabile und vielfältige Lokalwirtschaft. Dabei sind nicht nur Grossunternehmen wichtig, sondern gerade auch die KMUs, also der Metzger auf der anderen Strassenseite und die Bäckerin etwas die Strasse runter. In Ostermundigen hatten wir über Generationen hinweg kleine Familien- und Einzelbetriebe, aber gerade diese haben es heute schwer, wirtschaftlich zu überleben. Nicht weil die Qualität schlecht ist, sondern weil sie nicht mit den Grosskonzernen konkurrieren können.

Die KMU bilden auch heute noch eine wichtige Stütze unserer Wirtschaft und tragen ihren Teil zu einer florierenden und erfolgreichen Gemeinde bei. Daher sollte es im Interesse einer Gemeinde liegen, sich um das lokale Gewerbe zu kümmern und sich für dieses einzusetzen. Insbesondere gilt dies für Ostermundigen, da wir hier noch in der glücklichen Lage sind, noch traditionelle in der Gemeinde verwurzelte „Dorfländeli“ vorzuweisen. Ein Standortfaktor, der uns von vielen Agglomerationsgemeinden unterscheidet.

Zugleich ist es nötig, dass wir nach vorne blicken und uns für die Entwicklung unserer Gemeinde einsetzen. Nicht nur als Wohngemeinde, sondern auch als Wirtschaftsstandort. Die Ansiedlung neuer Firmen stärkt unsere Finanzen und macht uns unter den Gemeinden wettbewerbsfähiger. Zugleich ist es aber wichtig, dass wir uns um unser bereits bestehendes Gewerbe, besonders die Traditionsunternehmen, kümmern, damit Ostermundigen auch weiterhin für sie attraktiv bleibt.

sig. Bruno Grossniklaus

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Wir sind am Schluss der heutigen Sitzung angelangt. Im Restaurant WALDECK ist auf der Terrasse für uns reserviert. Ich wünsche allen eine schöne und erholsame Sommerpause - wir sehen uns spätestens am 13. September zur nächsten GGR-Sitzung wieder.

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Der Präsident:

Der Ratssekretär:

Michael Werner

Jürg Kumli

Der Stimmzähler:

Der Stimmzähler:

Roland Rüfli

Rudolf Kehrl